



N° 67 **INTERKULTURELLER DIALOG?**

STIMME

VON UND FÜR MINDERHEITEN

	IMPRESSUM	2
	CHARME-OFFENSIVE IM NAMEN DER KULTUR Karl M. Reiser	4
	DIE VERLOCKUNGEN DES INTERKULTURELLEN DIALOGS Vladimir Wakounig	6
	INTERKULTURELLER DIALOG IM SCHATTEN VON AUSCHWITZ Maria Jurić Pahor	8
	DESTABILISIERENDE DIFFERENZEN? Barbara Eder	10
	ELEFANTEN UND MÄUSE Gruppe Or-Om	12
	SPRACHE, MACHT UND WISSEN! Verena Krausneker und Katharina Schalber	14
	GROLL Erwin Riess	16
	20 JAHRE IN DER INITIATIVE MINDERHEITEN Ursula Hemetek	17
	BITTE NICHT SPUKEN! LEFÖ - Diskussionsteam	18
	AN ORT UND STELLE Vlatka Frketić	19
	BRIEF NACH ISTANBUL Gerald Kurdoğlu Nitsche	20
	... UND RAUS BIST DU Melanie Romstorfer und Alexandra Siebenhofer	21
	GESCHEHEN	22
	KULTUREN & KÜNSTE	25
	TIPPS	27
	KAHLAUERS TAGEBUCH	30



© photocase.de/.marqs

THEMA: INTERKULTURELLER DIALOG?

Der interkulturelle Dialog erfreut sich als Universallösung für migrations- und globalisierungsbedingte Probleme breiter Zustimmung – von der akademischen Welt über die Pädagogik bis hin zu den Medien. Allerdings lassen die anlässlich des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs initiierten Diskussionen, Projekte und Veranstaltungen die politische Dimension der Interkulturalität vermissen. Wie so oft werden auch im Kontext des interkulturellen Dialogs kulturelle Unterschiede zwischen den Menschen aus ihren historischen Ursprüngen abgeleitet und der Kulturbegriff auf die ethnische oder territoriale Herkunft festgeschrieben. Andererseits kann man sich manchmal dem Eindruck nicht entziehen, dass sich das Verständnis vom interkulturellen

Dialog in dem Glauben „Durch's Reden kommen die Leut z'samm!“ erschöpft. Der Ausgangspunkt des interkulturellen Dialogs ist aber in der Regel nicht der herrschaftsfreie Diskurs über gemeinsame oder unterschiedliche Werte sondern die Erfahrung eines massiven Machtungleichgewichts.

Die AutorInnen der vorliegenden *STIMME*-Ausgabe diskutieren die Grenzen, identifizieren die Schwächen und weisen hin auf die Versäumnisse des interkulturellen Dialogs, wie er hierzulande praktiziert wird.

In eigener Sache

Ursula Hemetek, Mitbegründerin und Obfrau bzw. stellvertretende Obfrau der *Initiative Minderheiten* seit ihrer Gründung

1991, zieht sich aus der aktiven Tätigkeit als Vorstandsmitglied zurück.

Immer „mitten drin, voller Energie und Visionen“ – wie sie in ihrem Artikel zum Abschied auf Seite 17 schreibt –, hat sich Uschi für unsere gemeinsame Arbeit verantwortlich gefühlt, und ihr Name ist wie kein anderer mit jenem der *Initiative Minderheiten* verbunden

Liebe Uschi, wir werden Dich vermissen und wünschen Dir das Allerbeste!

Das Initiative Minderheiten-Team

Die *STIMME* unterstützt die *Bleiberechtskampagne von fensterpolitik.at*. Dieser Ausgabe sind Ansichtskarten dieser Kampagne beigelegt.

singulär, um nachhaltig wirken zu können, und erreicht nicht immer jene, die sich durch eine Pluralisierung bedroht fühlen und in ihr überschaubares Schneckenhaus zurückziehen.

So lange kein ernsthaftes Problem vorhanden ist, genügt das gelegentliche kulturelle Kuschneln ja auch und danach geht wieder ein jeder seine Wege. Unter der Decke unserer Zivilisation haben unterschiedliche kulturelle Muster, Weltbilder und Lebensstile Platz. Spannend wird es hingegen, wenn ein gemeinsames Thema die Konfliktfähigkeit unter Bedingungen herausfordert, in denen kulturelle Bezüge eine relevante Größe darstellen, sie mitunter in Frage stellt. Dann ist sie wieder am Tapet, die Frage nach der Kultur – jenseits von Multikulti-Bühnenzauber, orientalischen Märchenerzählern und anderen Formen der Cross Border Art.

All, Some & No

Um die Frage nach der Kultur gegebenenfalls nicht ins Leere laufen zu lassen, sei an dieser Stelle auf einen älteren amerikanischen Kulturanthropologen verwiesen, dessen Sichtweise von „Kultur“ eventuell eine Hilfestellung für die Fundierung eines „Interkulturellen Dialogs“ sein könnte und die gleichzeitig das erwähnte Dilemma abschwächt. Vor 60 Jahren, also in etwa zur Gründungszeit des EU-Vorläufers EWG, schrieb Clyde Kluckhohn den unscheinbaren Satz: „Every man is in a certain aspect like ALL, SOME and NO other Men.“

Was meinte er damit? – Er meinte, dass jeder Mensch in mancher Hinsicht wie alle anderen Menschen ist (was die Natur vorgegeben hat), wie einige andere Menschen (was wir kulturell erlernt haben) und wie kein anderer Mensch (also ein einzigartiges Individuum). Was bedeutet dies nun konkret und was hilft es uns im Kontext von „Interkulturalität“ als Basis des „Interkulturellen Dialoges“? – Kluckhohn dröselte mit dieser Unterscheidung das Kulturelle im Menschlichen auf und unterscheidet drei Dimensionen, was für eine Operationalisierung von „Interkulturellem Dialog“ als Methode gesellschaftlichen Austauschs dienlich sein kann:

1. Die Feststellung Kluckhohns geht zunächst von einer allgemein menschlichen Ebene aus, die weitgehend von der Natur bestimmt wird. Denn jeder Mensch wird geboren und muss sterben und jeder von uns kennt Gefühle wie Freude, Trauer oder Angst und alle Menschen haben Bedürfnisse wie jene zu essen, zu trinken, nach Schlaf

und Sexualität, nach Zuwendung, Kommunikation, Sicherheit und Anerkennung etc. – anthropologische Konstanten also.

2. Diese Feststellung bedeutet auf der zweiten Ebene, dass unsere Wahrnehmungen, Interpretationen und unsere Realitäts-Konstruktionen von gesellschaftlichen und kulturellen Faktoren maßgeblich beeinflusst werden. Sprich, was wir essen, wie wir kommunizieren, wohnen und lieben, ist kulturell überformt. Als erlerntes Set kollektiver Interpretationen der Gruppe, in der wir leben, steht uns diese „kulturelle Software“ zur Verfügung und wird durch unser Tun und Sein mitgestaltet. Auf diese Weise haben wir manche Werte, Normen, Weltbilder, Bindungen und Praktiken mit anderen gemeinsam, manche unterscheiden uns von ihnen. Selbstredend gehören wir unterschiedlichen Gruppen an, deren Identitäten und Austauschformen sich unterscheiden und überschneiden.

3. Die Aussage Kluckhohns bedeutet drittens, dass wir trotz kultureller Überformung eine unverwechselbare Persönlichkeit haben bzw. sind, weil wir aufgrund unserer Individualität ein spezifisches Ensemble von erlernten Fähigkeiten bilden und uns ein einzigartiges Set von habituellen Dispositionen kennzeichnet. Mehr noch bedeutet es, dass wir mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen im Lauf unseres Lebens in Austausch stehen und somit aktiv an vorhandenen Deutungsmustern und kollektiven Interpretationen mitgestalten.

Dieser Entwurf einer Gliederung des Kulturbegriffs könnte meines Erachtens in der Lage sein, die beiden Gegensätze zu vereinen, die ich im oben erwähnten Dilemma als Grundproblem der „Interkulturalität“ skizziert habe, weil er offen genug ist, dem Spannungsfeld von individueller Entwicklung und gesellschaftlicher Orientierung gerecht zu werden. Er ist ein gleichermaßen grobmaschiges wie feinmaschiges Netz, das kollektive Erfahrungen nicht zu leugnen braucht und dennoch der Individualität Platz lässt.

Das Kluckhohn'sche Konzept zielt auf drei Ebenen des Menschseins ab: die anthropologischen Konstanten, die kulturellen Überformungen und die individuelle Persönlichkeit. – Die anthropologischen Konstanten bilden eine gemeinsame Basis, als Grundlage für einen sozialen Austausch über kulturelle Unterschiede hinweg. Daraus resultiert etwa die Anerkennung der Gleichwertigkeit des Verschiedenen, der Vergleich und das kulturelle Lernen voneinander etc. (1).

Die kulturelle Software stellt vor allem die Differenz zwischen kulturellen Backgrounds in den Mittelpunkt und erfordert von uns ein idealerweise empathisches, reflexives Interesse sowie die Fähigkeit, die eigene moralische Fundierung in Frage zu stellen, das eigene Weltbild zu hinterfragen und Bewertungskategorien zu überdenken, um das Dialogische nicht zu schließen (2).

Das Konzept Kluckhohns verweist zudem auf die Einsicht, dass es primär vielfältig sozialisierte Individuen sind, die miteinander in Dialog stehen und „Kultur“ neben Bildung, sozialer Schicht, Geschlecht, Status, Kontext etc. nur eine von mehreren Dimensionen darstellt, die Einfluss auf unsere Kommunikation nehmen (3).

Mehrdeutig, aber nicht beliebig

Solange wir mit Kulturbegriffen hantieren, die vorgeben klar definierbar zu sein, werden wir der Realität kaum gerecht werden. Was wir hingegen brauchen, ist ein Begriff von Kultur, der seine eigene Offenheit, Unabgrenzbarkeit und Mehrdeutigkeit reflektiert, ohne beliebig zu werden. Ob das Konzept Kluckhohns diesen Anspruch einzulösen vermag, gilt es zu prüfen und hier sind seine Überlegungen lediglich als Anregung zu verstehen. Damit verbunden stellt sich etwa die Frage, wie eine solche Konzeptualisierung für einen Dialog unter globalisierten Bedingungen fruchtbar gemacht werden kann? – Darauf kann es keine eindeutige Antwort geben, aber vielleicht neue Ansätze.

Kultur ist aufgrund ihrer Vielgestaltigkeit und Mehrdeutigkeit vermutlich nicht fassbar und ein Klärungsversuch wohl eine Spiegelfechterei. Eine sinnvolle Strukturierung des Begriffs „Kultur“ hilft dennoch das Unfassbare besser zu handhaben. Durch die konzeptuelle Mehrdimensionalität in der Kluckhohn'schen Konzeptualisierung scheint eine Unterscheidung zwischen „All“, „Some“ und „No“ im menschlichen Verhalten jedenfalls geeignet zu sein, den bipolaren Widerspruch zwischen „intra“ und „inter“, zwischen innen und außen, zwischen „monokulturell“ und „multikulturell“ partiell aufzulösen. Demzufolge ist dieses Konzept geeignet, der Vielfalt selbst mehr Raum geben zu können, die nicht bloß *Conditio sine qua non* des interkulturellen Dialoges sondern zunehmend wahrnehmbare Realität ist.

Fußnote:

¹ Kluckhohn, Clyde/Murray, Henry Alexander (1948): *Personality in nature, culture and society.*

soziale Ungleichheiten, die zwischen InländerInnen und AusländerInnen, zwischen Mehrheiten und Minderheiten bestehen, aus Scheu vor sichtbaren Ungerechtigkeiten und ungleichen Machtverhältnissen zu verschweigen.

Aus langjährigen kritischen Diskursen, die sich mit verschiedenen Ansätzen einer interkulturellen Erziehung und Bildung beschäftigen, weiß man, dass gerade eine interkulturelle Praxis von Handelnden eine große Konfliktfähigkeit verlangt, wenn hegemonisierende und monopolisierende gesellschaftliche Bedingungen erkannt und überwunden werden sollen. Eine nicht-ethnisierende interkulturelle Erziehungs- und Bildungsarbeit kann sich nicht auf eine indifferente Haltung des „Betrifft-mich-nicht“ und der neutralen Äquidistanzen zwischen den sog. Konfliktpartnern zurückziehen.

Interkulturelle Bildungsarbeit ist in multikulturellen Migrationsgesellschaften primär Bewusstseinsarbeit, die zum Ziel hat, Menschen über ungleiche Bedingungen, ungleiche politische Partizipations- und Entscheidungsmöglichkeiten, ungleiche soziale und ökonomische Situationen sowie ungleichen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen aufzuklären. Aufklärung und Bewusstseinsänderung sind Voraussetzungen dafür, dass sich Menschen in abhängigen und minoritären Verhältnissen als handelnde Subjekte zu begreifen beginnen und die Selbstbestimmung zum Ziel ihrer Bildung und Handlung erklären.

Dort wo interkulturelle Leitideen an Argumente des Neutralen, Unparteiischen, Nichtbeteiligten, Nichtbetroffenseins und Distanzierten gebunden werden, bringen sie gerade für die Unterdrückten und Benachteiligten kaum reale Hoffnung auf Veränderung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Eine unkritische Betrachtung von sozialer Wirklichkeit ist maßgeblich beteiligt an der Verfestigung und Perpetuierung von gesellschaftlicher Ungerechtigkeit und führt darüber hinaus zu einer Gleichgültigkeit in Bildung und Politik (vgl. Griese 2002).

Interkultureller Dialog: Eine Leerformel oder doch etwas Anderes?

Vor dem Hintergrund des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs bekommen diese Überlegungen über den Stellenwert des Interkulturellen noch mehr Bedeutung, zumal sich diese Entscheidung des Europäischen Parlaments an verschiedene nationale und

internationale Initiativen und Institutionen des politischen und gesellschaftlichen Bereiches richtet. Der Anspruch eines gesamteuropäischen Dialogs kann sich nach fast zwei Jahrzehnten intensiver und kritischer Auseinandersetzung über interkulturelle Erziehung nicht mehr mit einem bloßen Abbau von Vorurteilen

in einen interkulturellen Dialog eintreten will, muss zunächst eine Politik der Anerkennung ohne Ausgrenzung beginnen (vgl. auch dazu Rommelspacher 2002). In erster Linie ist im Jahr des interkulturellen Dialogs die offizielle Politik gefordert, dass sie für politische und gesellschaftliche Verhältnisse Verantwortung übernimmt,

© photocase.de/judith

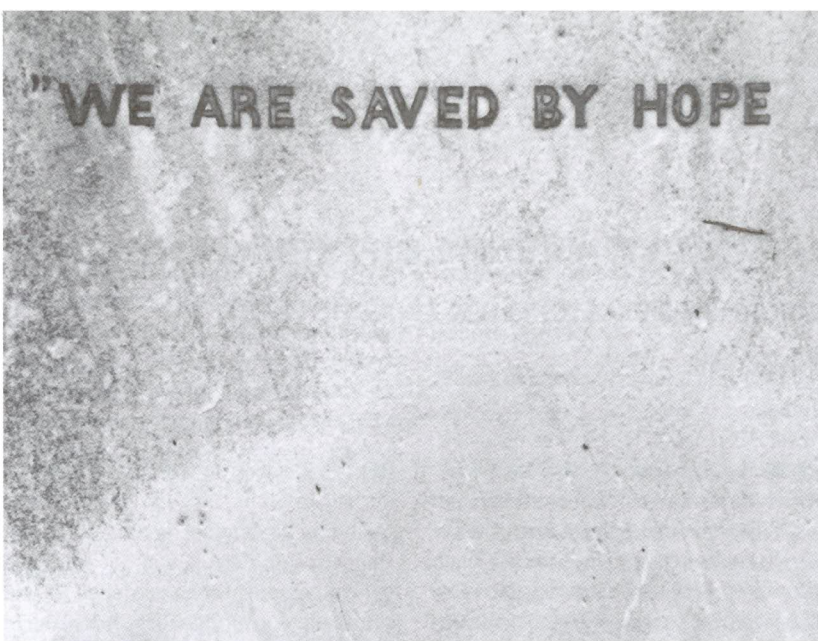


zwischen Mehrheiten und Minderheiten, Einheimischen und Fremden zufrieden geben. Ebenso muss ein interkultureller Dialog mehr sein, als das Abhalten von irgendwelchen „netten und lockeren Kneipenabenden“, die dazu dienen sollten, sog. Kontrahenten an einen Tisch zu bekommen. Ein politisch gewollter und initiiertes Dialog, der zudem noch von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften ausgerufen wurde, muss dort ansetzen, wo die strukturellen und politischen Bedingungen für religiöse, soziale, ethnische, sprachliche und geschlechtsspezifische Diskriminierungen liegen. Dies erfordert gerade von den politisch Verantwortlichen ein Umdenken im Umgang mit Minderheiten und eine Besinnung auf ihre politische Verantwortung bei der Einhaltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Denn zivilgesellschaftliche Initiativen, so sehr sie für die demokratische Kultur in einem Land wichtig sind, können keine Ersatzhandlungen für politisch Verabsäumtes liefern. Interkultureller Dialog darf nicht zu einer politischen „Spiel- und Übungswiese“ für einige wenige engagierte Initiativen werden, sondern muss sich in einem anderen Umgang der einzelnen Regierungen mit Minderheiten bemerkbar machen. Wer

in denen sich Menschen mit verschiedenen Lebensformen in multikulturellen Zusammenhängen sicher und gleichberechtigt fühlen.

Literatur:

- Czock, Heidrun (1993): Der Fall Ausländerpädagogik. Erziehungswissenschaftliche und bildungspolitische Codierung der Arbeitsmigration. Cooperative: Frankfurt/Main
- Griese, Hartmut M. (2002): Kritik der „Interkulturellen Pädagogik“. Essay gegen Kulturalismus, Ethnisierung, Entpolitisierung und einen latenten Rassismus. LIT: Münster
- Hamburger, Franz (1994): Pädagogik der Einwanderungsgesellschaft. Cooperative: Frankfurt/Main
- Rommelspacher, Birgit (2002): Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Campus: Frankfurt/M. – New York
- Zimmer, Jürgen (1984): Interkulturelle Erziehung – mehr als eine Shake-Hands-Philosophie. Ein Interview mit Susanne Essinger und Jochen Graf. In: Essinger, Helmut / Ucar, Ali (Hg.): Erziehung in der multikulturellen Gesellschaft. Versuche und Modelle zur Theorie und Praxis einer Interkulturellen Erziehung. Burgbücherei Schneider: Baltmannsweiler: 1-13



© photocase.de/john krempel

über Veränderungen sein können bzw. wie stark die Wahrnehmung und Weitergabe von Erfahrungen und Erinnerungen durch diese Denkmuster gefiltert werden, mit dem Resultat, dass ein „in die Tiefe führender Dialogprozess“ kaum gelingt. „Nur an einer Stelle“, so Gstettner, „bekommt das Gespräch so etwas wie Tiefe, nämlich dort, wo die Redner über die traumatischen Erlebnisse in ihren Familien erzählen.“

Insbesondere Josef Feldner lässt Gefühle innerer Bewegtheit durchsickern, wenn er von einer Gedenkveranstaltung in Leše/Liescha im ehemaligen Kärntner Mießtal berichtet, der er als Angehöriger von zwei nach Kriegsende von Partisanen verschleppten Verwandten beiwohnte. Zu diesem Anlass kam es zu einem Gedenkgottesdienst, der vom Bleiburger Stadtpfarrer Ivan Olip (einem Kärntner Slowenen) unter Mitwirkung eines örtlichen Kaplans zelebriert wurde. Was Josef Feldner beeindruckte, war, dass der Gottesdienst „überwiegend in deutscher Sprache gehalten“ wurde und dass beide Geistlichen dabei zur Versöhnung aufriefen.

Solcher Bitte um Versöhnung, wie sie hier im geistlichen Zusammenhang aufgerufen wurde, entspricht im Grunde die Frage nach der Möglichkeit, sich mit begangener und erlittener Schuld beidseitig und ohne Verharmlosung der Geschichte und Nachgeschichte der NS-Zeit auseinanderzusetzen – und in gewisser Weise „gemeinsam“ zu betrauern. „Was aber dann das stärkste Erlebnis war“, so Feldner, „war die anschließende spontane Einladung von slowenischen Einheimischen, an die Teilnehmer dieser Gedenkveranstaltung, zu einem Imbiss und zu einem Getränk unter der Linde.“ Feldner fügt hinzu: „Das sei erstmals erfolgt [...], obwohl diese Gedenkveranstaltung schon seit dem Jahr 1990 stattfindet.“

„Ich wäre durchaus bereit,“ so Marjan Sturm, „bei einer Veranstaltung in Leše/

Liescha mitzumachen und von Josef Feldner würde ich mir erwarten, dass er an einer Erinnerungsveranstaltung der Vertriebenen oder der Widerstandskämpfer teilnimmt. Das wäre so ein großer Schritt in Richtung Versöhnung.“ Josef Feldner kann diesem Anliegen „sehr viel abgewinnen“, doch wird ihm das Terrain zu heiß, er wehrt ab und kommt auf eine „Reihe von Anschlusskündigungen“ für ein „Slowenisch-Kärnten“ in „Titos Jugoslawien“ zu sprechen, die in den ersten Nachkriegsjahren eine „akute Gefahr für die Einheit Kärntens“ bedeuteten.

Diese Überreaktion Josef Feldners lässt einerseits an Heiner Müllers Grundgedanken des Theaters der Metamorphosen denken: „Die erste Gestalt der Hoffnung ist die Furcht, die erste Erscheinung des Neuen der Schrecken“. An eine Art Übergangsritual, das durch Entgleisung von Totalitätskonzeptionen, Dezentrierung der Sinnstrukturen sowie „Überschwemmung“ des Zuschauer-raums mittels einer Polyphonie der Themen, Motive und Vorgänge in Gang gehalten wird, um die in das Geschehen Involvierten „an ihre Grenzen zu bringen“. Andererseits wird man durch diese Reaktion auf einen Begriff von Interkulturalität verwiesen, der von der Begegnung in sich klar abgrenzbarer „Kulturen“ ausgeht (anstatt die Vorstellung einer in sich homogenen Kultur selbst zu problematisieren), wobei zur Kultur des Anderen ein Abstand eingenommen wird, der allerdings im dialogischen Hin-und-Her, in immer neuen Anläufen „angegangen“ wird.

Das „Zwischen“ in Kulturen

Stefan Rieger et al. versuchen in dem von ihnen herausgegebenen Band „Interkulturalität“ eine derartige Dynamik mit Bezug auf die identitätsstiftende Funktion kultureller Deutungsmuster sowie Phänomene der Wiederholung und des Erinnerns zu erklären; gleichzeitig zeigen sie aber, dass

interkulturelle Begegnungen nie völlig in den Mechanismen des „Wiedererkennens“ tradierter Bilder und Deutungsmuster aufgehen. Im folgenden Zitat problematisieren die Herausgeber daher die Rolle bzw. die Identität dessen, der dem „Anderen“ begegnet:

„Der Andere nötigt mich so zur Identifizierung mit der eigenen Kultur, die die Muster seiner Identität als Fremder [Angehöriger einer anderen Kultur] bereithält – und impliziert dabei immer auch ein Moment der Destabilisierung des Eigenen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die Phänomene der Wiederholung und des Erinnerns zugleich eine Differenz hervorbringen, die aus der Unmöglichkeit identischen Wiederholens und vollständig adäquaten Erinnerns resultiert. Wie klein diese Differenz auch sein mag, sie erlaubt es nicht mehr, die auf solcher Wiederholung und Erinnerung aufruhende Kultur als geschlossenes System zu betrachten. Wenn sich Kulturen aber nicht zu schließen vermögen, dann nistet in ihnen selbst ein Zwischen, das jener Ort sein könnte, an dem Interkulturalität den ihr zustehenden Platz findet.“ (Rieger et al. 2000:16)

Der hier entworfene Begriff von Interkulturalität rückt also die Identitätsmuster der „eigenen“ Kultur ins Blickfeld. Interkulturalität findet nicht erst bei der Begegnung mit dem „ganz Anderen“ statt, sondern erscheint hier als das „Un-eins-Sein“, das jede Kultur ausmacht, bezeichnet also das ihr je eigene „Zwischen“. Eine Un-Position, die auch im Dialog Feldner und Sturm zum Ausdruck kommt. Schnell gelangten beide in ein „in-between“ von Kärntner „Urängsten“ und Ressentiments, aber auch von Grenzüberschreitung und freilegbaren Pfaden.

Literatur:

- Adorno, Theodor W. (1966): Negative Dialektik. Suhrkamp: Frankfurt/Main
- Adorno, Theodor W. (1967): Erziehung nach Auschwitz. In: Adorno: Stichworte. Suhrkamp: Frankfurt/Main
- Gstettner, Peter (2008): „Aber lieber Josef Feldner ...“. Eine neue Koalition balanciert am rechten Rand Kärntens. Eine Buchbesprechung nebst kritischen Anmerkungen zu einem fragwürdigen „Dialog“; <http://www.antifa.co.at/antifa/khd.pdf> (26.5.2008).
- Feldner, Josef / Sturm, Marjan (2007): „Kärnten neu denken“. Zwei Kontrahenten im Dialog. Vorworte von Bundespräsident Heinz Fischer und Friedensforscher Johan Galtung. Hg.: Wilfried Graf / Gudrun Kramer. Verlage Drava und Heyn: Klagenfurt / Celovec
- Rieger, Stefan / Schahadat, Schamma / Weinberg, Manfred (Hg. 2000): Interkulturalität. Zwischen Inszenierung und Archiv. Narr: Tübingen

„Kampf“ zweier nur vermeintlich so diametral entgegengesetzter Kulturen überhaupt erst plausibel erscheinen lassen. Aus Enzensbergers Essay über die sog. Anderen der „westlichen Zivilisation“ geht deutlich hervor, dass der Autor das „Risiko“ eines interkulturellen Dialogs gar nicht erst eingeht. Die „Anderen“ bleiben eine Fiktion im Kopf des Autors. Weder finden Erkenntnisse der kolonialkritischen Forschung Berücksichtigung, noch werden die vermeintlichen Entgegensetzungen von Orient und Okzident und von Zentrum und Peripherie auch nur ansatzweise destabilisiert. Implizit verfolgt Enzensberger statt dessen das Ziel, das „Eigene“ qua Abwertung „des Anderen“ zu stabilisieren. Abwehr und Projektion sind die Strategien, die bei der Entstehung des Bildes vom „SchreckensMann“ wirksam sind.

Eine wenngleich weniger aggressive, aber dennoch ebenso rassistische Annäherungsform an das Nicht-Europäische ist die der Negation von Differenz im Zuge einer Aneignung des „Anderen“. „Der Orient“ ist dabei Mittel zum Zweck, um den Erlebnishunger der europäischen BetrachterInnen zu befriedigen. Vor diesem Hintergrund entstanden auch die exotischen Bilder, mit denen beispielsweise Walt Disneys „Aladin und die Wunderlampe“ die mitteleuropäischen Haushalte beliefert hat. Die verstärkte Nachfrage nach kulturellen Differenzprodukten beantwortet der US-Konzern mit Bildern von verschleierte Prinzessinnen,



Abb.3

die vielleicht gerade deshalb so sexualisiert erscheinen, weil sie kaum sprechen. Frauen erhalten den Status bildhafter Objekte, die aufgrund ihres vermeintlich exotischen Potentials den Blick des männlich-europäischen Betrachters affizieren. Rassismus ist hier eine Form der Exotisierung, durch den man/frau sich die realen Anderen ebenso vom Leib

halten kann wie durch die aggressiven Zuschreibungen à la Enzensberger.

„Going Native“

„Eigentlich wissen Orient und Okzident gar nicht viel voneinander“ – so lautete die finale Einsicht der Züricher Zeichnerin Parsua Bashi, die mit „Nylon Road“ eine autobiografisch inspirierte grafische Novelle vorlegt, in deren Zentrum ihre Migration von Teheran nach Zürich steht. Bei ihren Streifzügen durch die Zürcher Innenstadt begegnet Parsua immer wieder den Bildern, die EuropäerInnen sich vom sog. Orient gemacht haben (siehe Abb. 3).

Die Heldin von „Nylon Road“ erkennt nicht nur, dass die Bilder über ihr Herkunftsland einer erheblichen Verzerrung unterliegen. Sowohl die Bilder vom Orient als auch die vom Okzident „lügen“ – eine Erkenntnis, die am Endpunkt der Überlegungen von Parsua Bashi zu Repräsentation und „Andersheit“ stehen. Dennoch sind die Einsichten der heute 35jährigen iranisch-schweizerischen Zeichnerin weitaus weniger radikal als die des Deutschen Enzensberger. Nicht-Wissen über die sog. Anderen ist weniger das Problem denn mangelnde Offenheit und fehlender Dialog. Und Dialog kann nur dort stattfinden, wo Offenheit gegeben ist (siehe Abb. 4).

Zu ähnlichen Einsichten bezüglich der Bedingungen und Möglichkeiten eines interkulturellen Dialogs gelangt auch die iranisch-französische Zeichnerin Marjane Satrapi, der mit ihrer zweibändigen Graphic

Erfahrungen so umgesetzt, dass dem/der BetrachterIn dieselbe Fremdheit widerfährt, die Marjane Satrapi in Wien zu spüren bekam: In einzelnen Sprechblasen tauchen persische Schriftzeichen auf, die für die europäischen LeserInnen unverständlich bleiben. Diese können den kommunikativen Sinn ebensowenig zur Gänze erfassen wie



Abb.4

Marjane Satrapi anfänglich die Eigenheiten der deutschen Sprache verstehen konnte. Der Comic schlägt zurück: Er konfrontiert „uns“ mit der Begrenztheit unseres Wissens. Differenzen werden nicht etwa aufgehoben, sondern vielmehr verschoben: „Wir“ begegnen der Heldin aus Persepolis als Fremde, nicht aber sie uns (siehe Abb. 1 & 2).

„Fremdheit“ – so könnte man meinen – ist ein Gefühl, das durch die mit Globalisierung und Internationalisierung einhergehenden Grenzverschiebungen doch eigentlich verschwinden müsste. Dass sich die Frage nach den Grenzen von Vertrautem und Fremdem immer wieder aufs neue stellt, zeigen einzelne Sequenzen aus den Graphic Novels von Marjane Satrapi und Parsua Bashi indes sehr deutlich. In ihnen wird die Spannung zwischen Fremdem und Vertrautem nicht aufgehoben, sondern vielmehr überzeichnet dargestellt. Damit wird eine Erfahrung ausgedrückt, die das idealtypische Modell des interkulturellen Dialogs nicht vorsieht. Papier und Zeichenfeder sind dahingehend nicht nur toleranter, sondern auch geduldiger...

Literatur:

- Bashi, Parsua (2006): Nylon Road. Kein&Aber: Zürich
 Enzensberger, Hans Magnus (2006): SchreckensMänner. Versuch über den radikalen Verlierer. Suhrkamp: Frankfurt/Main
 Said, Edward (1994): Orientalism. Vintage Books; New York
 Steyerl, Hito (2003) (Hg.in): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Unrast: Münster
 Satrapi, Marjane (2000): Persepolis. Eine Kindheit im Iran. Edition Moderne: Zürich
 Satrapi, Marjane ([2004] 2006): Persepolis. Jugendjahre. Verlag Carl Ueberreuter: Wien

deutlich in den letzten Jahrzehnten zu einer Verstärkung der Kultur-Muster der Herkunftssysteme führten, die nunmehr von der Mehrheitsgesellschaft empört als Integrations-Unwilligkeit und befremdliche Flucht in Parallelwelten denunziert wird.

Welchen Dialog führt die Mehrheit mit der Minderheit?

Diese Frage wollen wir für den Dialog der österreichischen Mehrheit mit den muslimischen Minderheiten in Österreich skizzieren.

Die Gesprächspartner in Österreich sind die Mehrheitsvertreter in den Spalten 1 und 2, sowie die Minderheiten in Spalte 3.



Gesprächspartner in Österreich im interkulturellen Dialog mit dem Islam

So vertritt etwa die FPÖ im ID ein „wehrhaftes Christentum“ und spielt sich als Beschützer der unterdrückten muslimischen Frauen auf⁶.

Wenn wir fragen, mit welchem Islam wird der ID in Österreich geführt, so stehen wir vor ernstesten qualitativen und quantitativen Problemen, die wir hier nur andeuten wollen:

Mit welchen Segmenten des Islams wird der Dialog geführt? Wir wissen keineswegs, wie viele MigrantInnen in Europa welchen Segmenten angehören⁷. Wir sollten auf jeden Fall bedenken, welchen Schichten die Vertreter einzelner Varianten angehören.

Es wäre empfehlenswert sich zu vergewissern, dass bei einer qualitativen Vertiefung der Frage des ID zwischen der österreichischen Mehrheit und den muslimischen Minderheiten folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollten:

- Es sind die Richtungen der Schiiten, der Sunniten und der Aleviten zu unterscheiden;

Wenn man die Distanz muslimischer Richtungen zu den „westlichen“ Wert-

systemen betrachtet, muss man mit zunehmender Distanz folgende Varianten berücksichtigen:

- Euro-Islam (z.B. Bassam Tibbi),
- Feministischer Islam, der von muslimischen Frauen getragen, die Stellung der Frau verändern will;
- Varianten des traditionellen Islams mit unterschiedlich strenger Einhaltung von Scharia⁸ und Fiqh⁹;
- Islamismus¹⁰

Wie schon erwähnt, ist die Aufgabe, in diesen Feldern die „Partner“ des ID zu lokalisieren unter Berücksichtigung der Unterdrückungspotentiale, denen die betroffenen Schichten ausgesetzt sind, äußerst

schwierig. Einschlägige Erhebungen über die Verteilung dieser Religionsvarianten auf die Minderheiten bilden eine große Herausforderung und die derzeitigen Vertretungsstrukturen dieser Gruppen in den offiziell bekannten Organisationen sind äußerst umstritten. Die Analyse zeigt also eine Reihe von Unbestimmtheiten und Komplexitäten des ID.

Fußnoten:

¹ Brague vergisst für Österreich und Deutschland den Holocaust zu erwähnen. Sollen wir uns vielleicht diesbezüglich der Reue enthalten oder eine rasche Absolution erwarten? Man kann sicherlich mit derartigen Metaphern nicht an solche Ausmaße an Zerstörung herangehen.
² Die „Stimme“ hat in dankenswerter Weise viel Raum geboten, um diese Aspekte ausführlich, immer wieder aus anderen Winkeln zu beleuchten. Da hier nur zusammengefasst werden kann, seien die LeserInnen vor allem auf die Aufsätze in den Nummern 42, 44, 50, 52 und 59 verwiesen.
³ Technik; Wirtschaft; Wissenschaft; Verhältnis Religion-Politik (Säkularität); Politisches System, Demokratie; Rechtssystem (Liberalität, Gewaltenteilung); Familienstruktur; Persönlichkeitsstruktur; Familienrecht; Individualrechte; Schutz des Individuums (Individual-



grundrechte); Grad der Meinungsfreiheit; Schutz religiöser Einstellungen; Frauenrechte; Sozialversicherungssysteme; Bildungsgrad; Beschäftigungschancen; Gesundheit; Ökologie)

⁴ Vgl. etwa: <http://www.internetloge.de/krause/krr.pdf> oder die Skizzen unter <http://portal.or-om.org/society/UniversaleMenschheit/tabid/6068/Default.aspx>. Wer sich für die Möglichkeiten einer „Letzten Religion“ interessiert, findet unter <http://portal.or-om.org/art/TheLastReligion/tabid/6253/Default.aspx> Anregungen.

⁵ Multiple Persönlichkeitsprofile unter <http://minderheiten.at/stat/stimme/stimme52e.htm>

⁶ Vgl. Stimme Nr. 66, Gamze Ongan: Zuschreiben oder ernsthaftes Bekämpfen. Zwangsverheiratung aus der Perspektive von Peregrina.

⁷ Unter: Waldrauch Harald/Soehler Karin (2004): MigrantInnenorganisationen in der Großstadt. Campus Verlag: Frankfurt/New York finden sich im Kapitel 5 Studien zur Organisation der MigrantInnen aus der Türkei und anderen Herkunftsländern, die auch religiöse und soziale Organisationen erfasst.

⁸ Im Unterschied zum Fiqh ist die Schari'a der Teil des (islamischen) Rechts, der auf göttlicher Offenbarung beruht.

⁹ Sammlung sämtlicher Gesetze, die dem Koran und der Sunna entnommen oder aus ihnen abgeleitet werden. Oder sie beruhen, falls Koran und Sunna schweigen, auf den Ansichten der Rechtsgelehrten (Fugaha)

¹⁰ Kein Mehrparteiensystem. Unvereinbarkeit mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Ablehnung der Volkssouveränität, des Parteienpluralismus, der Gewaltenteilung und der grundlegenden Menschenrechte (z. B. Gleichberechtigung der Geschlechter und Religionsfreiheit). Bewahrung oder Entwicklung einer „islamischen Identität“, erkennbare Abgrenzung gegenüber der Lebensweise der Mehrheitsgesellschaft. Politische Ideologie: Spektrum der Methoden von friedlicher Verfolgung der Ziele innerhalb bestehender politischer und gesellschaftlicher Institutionen bis zu Kampf von Terrorgruppen: heiliger Krieg, Mujahedin, non aligned Mujahedin als Unterstützerkreis.

Im Gegensatz dazu steht das Ergebnis der im Rahmen der Studie durchgeführten schriftlichen Befragung von LehrerInnen an österreichischen Gehörlosenschulen (Rücklaufquote 35% aus 3 der 6 Gehörlosenschulen)². Diese zeigt, dass nahezu alle von der Wichtigkeit von ÖGS-Kenntnissen für hochgradig schwerhörige und gehörlose Menschen überzeugt sind und nahezu 50% von der Wichtigkeit für mittelgradig schwerhörige und Cochlea-Implant-TrägerInnen. Das Schulwesen kommt dieser Einschätzung von PraktikerInnen derzeit jedoch nicht nach. Die Ausklammerung der ÖGS wird vielerorts auch damit begründet, dass es „solche“ Kinder, die auf ÖGS „angewiesen“ seien, ja gar nicht mehr gäbe, da technische Hilfsmittel (z.B. Cochlea Implantate) immer mehr zum Einsatz kommen.

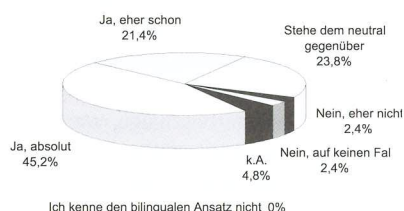


Diagramm 1: Angaben über Ausmaß der Befürwortung des bilingualen Ansatzes in der Gehörlosenschulpädagogik durch LehrerInnen an Gehörlosenschulen

Wie eingangs erwähnt gibt es keine genauen Statistiken und die Angaben der SchulleiterInnen und Landeschulinspektoren waren sehr unterschiedlich. Die Angaben der Schulbehörde bzw. der GehörlosenschulleiterInnen zur gehörlosen SchülerInnenpopulation besagen, dass im Schuljahr 2006/07 85 von ca. 1620 schulpflichtigen hörbehinderten Kindern und Jugendlichen offiziell als ÖGS-BenützerInnen angesehen werden. Auch wenn ÖGS angeblich keine Funktion im Schulwesen hat – zumindest für diese 85 Kinder müsste bilingualer Unterricht unter Verwendung von ÖGS als Unterrichtssprache durch vollkompetente PädagogInnen durchgeführt werden, was jedoch keineswegs der Fall ist.

Das Interesse von LehrerInnen am bilingualen Unterrichtskonzept mit Deutsch und ÖGS ist – wie unsere Fragebogenerhebung ergab – äußerst groß: 66% der GehörlosenlehrerInnen, die an der Fragebogenerhebung teilgenommen haben, stehen bilingualen Unterricht mit Deutsch und ÖGS positiv, davon 45% sehr positiv gegenüber (Diagramm 1). Die Bereitschaft, im Team mit einer gehörlosen/hörbehinderten Kollegin zu unterrichten, liegt bei

64%. Das bedeutet: 2/3 aller befragten LehrerInnen an Gehörlosenschulen sind interessiert-aufgeschlossen bzw. selbst tatbereit.

LehrerInnenausbildung und Empowerment der Gehörlosen

LehrerInnen, die mit gehörlosen SchülerInnen arbeiten, sind in Österreich nicht verpflichtet ÖGS zu lernen/können. Die Mehrzahl der LehrerInnen erlernen die Sprache während der Unterrichtstätigkeit, also nachdem sie in den Schulalltag mit gehörlosen SchülerInnen eingetreten sind (Diagramm 2). Es gibt zwar eine LehrerInnenausbildung zum/zur Hörgeschädigtenpädagogin, diese ist jedoch nur berufsbegleitend und nicht Voraussetzung für die Tätigkeit mit hörbehinderten SchülerInnen. Die Ausbildung umfasst eine Einführung in ÖGS, die Stundenanzahl befähigt sie aber nicht, ÖGS auf einem höheren Level zu benutzen, flüssig in ÖGS zu unterrichten oder Alltagssprache der SchülerInnen zu verstehen. In der Praxis entstehen dadurch oft problematische Situationen, wie etwa, dass gehörlose SchülerInnen von Personen unterrichtet werden, die nicht gebärden können und von den SchülerInnen nicht verstanden werden und die kein/wenig Wissen über Gehörlosigkeit und den Umgang mit gehörlosen Kindern haben. Auch werden LehrerInnen ohne Vorkenntnisse oder Einlernzeit in Gehörlosenschulen versetzt.

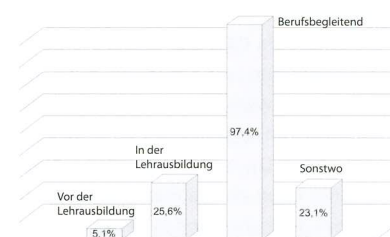


Diagramm 2: Wann haben LehrerInnen an Gehörlosenschulen nach eigenen Angaben ÖGS erlernt (Mehrfachangaben möglich)?

Dem gegenüber stehen viele engagierte LehrerInnen, die oft auf eigene Kosten und in der Freizeit ÖGS lernen und auch im Unterricht einbringen. Besonders positiv wurden von LehrerInnen gehörlose KollegInnen bewertet, da sie als wichtige Ressource und sprachliche Rollenmodelle für die SchülerInnen angesehen werden. Allerdings gibt es in Österreich derzeit nur 4 aktive gehörlose LehrerInnen, einige weitere gehörlose HelferInnen/AssistentInnen/„native signer“. Obwohl sie ExpertInnen in eigener Sache sind,

wird gehörlosen Menschen der Zugang zum Lehrberuf und Gehörlosenschulen schwer gemacht (struktureller Ausschluss aus dem Studium an den PHs) und auch in schulpolitische Entscheidungsprozesse werden sie oft nicht einbezogen. An keiner Schule hat eine gehörlose Person eine leitende Position.

Reformbedarf

Die Studienergebnisse zeigten deutlich, dass in der österreichischen Gehörlosenschulpädagogik viele Missverständnisse bezüglich Spracherwerb, Gehörlosigkeit oder Mehrsprachigkeit existieren, die die Unterrichtspraxis maßgeblich beeinflussen. In Bezug auf pädagogische Konzepte, LehrerInnenausbildung und Unterrichtssprache fehlt es an gemeinsamen, einheitlichen Grundlagen und zeitgemäßen Ansätzen sowie sinnvollen Strukturen. Basierend auf den Studienergebnissen wurden Innovationspakete zusammengestellt, die die Themenbereiche vorschulische Maßnahmen, Pflichtschule und danach, Lehrpläne und LehrerInnenqualifikationen umfassen. Wie oben beschrieben, sind viele LehrerInnen sehr engagiert und stehen ÖGS und einem bilingualen Unterrichtskonzept positiv gegenüber. Dies stellt eigentlich eine optimale Voraussetzung dar, um bilinguale Unterrichtspraxis mit ÖGS und Deutsch auch in Österreich zu verwirklichen.

Fußnoten:

- ¹ Audistisch. Abgeleitet von „rassistisch“: Auf das Hören fokussiert. Diskriminierung durch Fokus auf das Hörvermögen einer Person.
- ² Auf Grund der breit gefächerten Forschungsinteressen wurden unterschiedliche qualitative und quantitative Forschungsmethoden angewandt, die sowohl schriftliche Fragebögen, als auch Interviews und teilnehmende Beobachtungen in Klassen umfassten.
- ³ Die Studie zeichnet möglicherweise ein positiveres Bild als es in der Realität tatsächlich ist, da bestimmte Personen sich der Teilnahme entzogen, hingegen interessierte, sensibilisierte, konstruktive und innovationsbereite PädagogInnen eher ihre Fragebögen retournierten.
- ⁴ Initiator und Auftraggeber der Studie ist das Innovationszentrum der Universität Wien. Finanziers waren die Universität Wien sowie der Verein Österreichisches Sprachen-Kompetenz-Zentrum Graz (mit Unterstützung der Abt I/8 des bm:ukk) zu gleichen Teilen.

Literatur:

- Breiter, Marion (2005): Muttersprache Gebärdensprache. Studie zur Lebens- und Berufssituation von gehörlosen Frauen in Wien. Mülheim a.d. Ruhr: Guthmann-Peterson (Studie durchgeführt 2002)
- Holzinger et al. (2007): Gebärden in Familie und Schule – Ergebnisse der CHEERS-Studie in Oberösterreich. In: Das Zeichen Nr. 77: 444-453

20 JAHRE IN DER INITIATIVE MINDERHEITEN

EIN ABSCHIED

Ursula Hemetek

Vor 20 Jahren lernte ich den Innsbrucker Physiker Michael Örtl kennen. Er kam voller Enthusiasmus mit einer spannenden Idee zu mir, die mich in den folgenden Jahren nicht mehr losgelassen und mein Handeln und Denken wesentlich geprägt hat: Er wollte ein „österreichisches Jahr der Minderheiten“ ausrufen und suchte Verbündete.

Wir begannen gemeinsam, nach dem Schneeballprinzip weitere Interessierte zu suchen. Es sollten primär Minderheitenangehörige sein, denn ein Minderheitenjahr, das nicht von den Minderheiten getragen würde, hätte wenig Glaubwürdigkeit. Aber was verstanden wir unter Minderheit?

Michael dachte an die anerkannten Volksgruppen, damals die Kärntner Slowenen, die Burgenlandkroaten, die Burgenlandungarn, die Tschechen und Slowaken. Sehr bald stellte sich heraus – und zwar durch die am Diskussionsprozess beteiligten Personen verschiedener Identitäten –, dass ein so enger Minderheitenbegriff viele Gruppen ausschließen würde, die sich ebenfalls als Minderheiten definierten.

Roma, steirische Slowenen und Wiener Ungarn waren damals noch nicht als Volksgruppen anerkannt, Migrantinnen meldeten sich zu Wort, Lesben und Schwule sowie Menschen mit Behinderung nahmen an den ersten Treffen teil.

Daraus entstand ein Minderheitenbegriff, der in den damaligen politischen Diskursen neu war. Er war so breit, dass möglichst viele Gruppen sich der Idee des Minderheitenjahres anschließen konnten. In der Grundsatzklärung des Jahres 1990 sind explizit „alte“ und „neue“ Minderheiten genannt, Juden, Roma und „soziale Randgruppen“.¹ Die mittlerweile legendären „Bisamberg-Seminare“ waren auch der Rahmen für die Vereinsgründung im Jahr 1991.

Wir hatten kein Büro und kaum Subventionen, aber dafür viele Ideen und eine ganze Reihe von UnterstützerInnen. Eine hoch motivierte „Grassroots-Bewegung“, wie damals oft betont wurde.

Die 1990er Jahre waren politisch von einer gewissen Aufbruchstimmung geprägt, aber auch von einer Polarisierung, wie

das Anti-Ausländer-Volksbegehren und das Lichtermeer im Jahr 1993 zeigten. Es war kein Problem, bei verantwortlichen PolitikerInnen und in Ministerien Termine zu bekommen, wir betrieben Lobbying auf vielen Ebenen und bekamen Unterstützung. Die *Initiative Minderheiten* erfüllte offensichtlich gesellschaftspolitisch wichtige Aufgaben, die die Politik nicht wahrnehmen konnte.

In Wien und in Innsbruck entstand eine minimale Infrastruktur. Wir entwickelten Ideen zu öffentlichkeitswirksamen und politisch relevanten Veranstaltungen, wie z.B. die Buchpräsentationen „Österreich und kein Wort Deutsch“ 1991 im Parlament oder das Handbuch „Wege zu Minderheiten“ 1993 im Festsaal des Wiener Rathauses.

1994 wurde das Minderheitenjahr ausgerufen, bei der „Tagung der Minderheiten“ entstand das Konzept der „minoritären Allianz“. Es folgten zahlreiche Kulturveranstaltungen, Bildungsprojekte und Tagungen, getragen von vielen ehrenamtlichen und wenigen bezahlten MitarbeiterInnen. Ich war in all diesen Events meist mitten drin, voller Energie und Visionen.

Seit 1991 erscheint regelmäßig die Zeitschrift *STIMME von und für Minderheiten* als kontinuierlichstes Projekt der Initiative Minderheiten. Die minderheitenpolitische Stimmungslage in Österreich lässt sich anhand dieses Mediums sehr gut nachvollziehen.

Im Jahr 2000 kam mit der Schwarz-Blauen Regierung der Einbruch. Schleichend wurden Subventionen gekürzt. Die Gegenstrategie war, EU-Projekte zu initiieren. Diese wurden zunehmend nach Fördertöpfen ausgewählt. Durch das Anwachsen der Infrastruktur musste immer mehr verwaltet werden. Ich sah mich unerwartet in der Rolle als Dienstgeberin von immer mehr Angestellten, als verantwortlich für einen Mittelbetrieb, mit der ständigen Sorge um die Erhaltung desselben. Immer weiter entfernte sich dieser „Betrieb“ davon, was für mich die ursprüngliche Idee und Motivation gewesen war.

Ich bin von Beruf Ethnomusikologin und beschäftige mich mit der Musik von Minderheiten. Das ergab früher viele



v.l.n.r. G.Nitsche, I. Jovanović, U. Hemetek und M. Örtl, Bisamberg 1990
© Privatarchiv Ursula Hemetek

Synergien mit der *Initiative Minderheiten* und meine beiden Tätigkeitsfelder befruchteten sich gegenseitig, woraus ich auch die Energie für Beides schöpfte. Durch die neuen Arbeitsschwerpunkte der *Initiative Minderheiten* hat sich das geändert. Die Schaffung einer „minderheitengerechten“ Gesellschaft ist nach wie vor auch mein Ziel, aber meine eigentliche Kompetenz liegt doch im musikalischen Bereich. Natürlich bin ich den Grundideen der *Initiative Minderheiten* zutiefst verbunden und werde es auch bleiben. Aber nach 20 Jahren Verantwortung möchte ich frei sein, mich nur dann einzubringen, wenn und wie ich es wirklich möchte.

Ich verabschiede mich aus der Verantwortung für ein Projekt, das ich, zusammen mit vielen anderen, aufgebaut und über 20 Jahre betreut habe. Es war für mich eine unglaublich spannende und erfüllte Zeit und ich danke für die Unterstützung, die Solidarität und die Freundschaft, die ich erleben durfte. Ich hatte die Möglichkeit, sehr viel zu lernen und mit spannenden Menschen zusammenzuarbeiten. Da ich die *Initiative Minderheiten* in guten Händen weiß, kann ich ohne Sorge gehen und in Zufriedenheit zurückblicken.

Fußnote:

¹ Grundsatzklärung der Initiative Minderheiten vom 10.11.1990, Wien-Bisamberg

Ursula Hemetek

war von 1991 bis 2008 Obfrau bzw. stellvertretende Obfrau der Initiative Minderheiten.

WELL DONE, LADY

Vlatka Frketić

Vor mehreren Jahren, noch zu D-Mark-Zeiten, wurde Raiman von einer deutschen Organisation eingeladen, einen Vortrag zum Thema Migration zu halten. Raiman lebte in Österreich. Die Einladung erfolgte auf eine Empfehlung aus Deutschland. Raiman sollte eine halbe Stunde vortragen und danach mit den Zuhörenden in einen Dialog treten. Alles für 400 DeMark. Die Reisekosten und drei Nächte in einem passablen Hotel kamen noch dazu. Das klang nicht schlecht. Also setzte sich Raiman auf den harten Stuhl und bereitete den Vortrag vor. Sehr differenziert und kritisch, antirassistisch, hochintellektuell und aus einer Migrationsperspektive heraus. Was will man mehr? Mit dem fertigen Vortrag im Gepäck machte sich Raiman hochzufrieden auf den Weg zum Westbahnhof – damals gab es noch keine Billigflüge und die Fahrt im Schlafwagen schien Raiman der reinste Luxus. Der Vortrag war so gut vorbereitet, dass Raiman ihn im Zug nicht noch einmal durchlas. Nachdem sie es sich gemütlich gemacht hatte, vertiefte sie sich in einen Krimi. Die Kommissarin musste gleich 4 Doppelmorde aufklären. Keine leichte Aufgabe. Vor allem, weil so gut wie alle verdächtig waren. Raiman musste beim Lesen trotz aller Spannung eingeschlafen sein. Der Durchruf: „Sehr geehrte Damen und Herren. In wenigen Minuten erreichen wir Berlin Bahnhof Zoo“, weckte sie. Etwas verloren ging Raiman auf dem Bahnhof herum. Sie war ja nicht unbedingt ein Mensch von Welt. Immer nur vom Land, in dem sie geboren war, nach Österreich und zurück, hin und her. Viel gereist, aber wenig herumgekommen. Endlich fand sie die richtige S-Bahn und war bald beim richtigen Seminarhotel. Immer noch erstaunt über ihr Zurechtfinden in der weiten Welt, fand sie auch gleich die VeranstalterInnen der Tagung. Raimans Vortrag sollte am zweiten der drei Tagungstage stattfinden.

Es war eine große Migrationstagung. Über 150 BesucherInnen waren gekommen. Es gab die, die redeten, und die, die zuhörten. Und wenn die Redenden ihre Reden beendet hatten, dann redeten die, die bis dahin zugehört hatten. Bald war Raiman nicht mehr klar, warum die einen vorne, auf einem erhöhten Podest saßen und die anderen zusammengedrückt in vielen Stuhlreihen. In den Vorträgen derer,

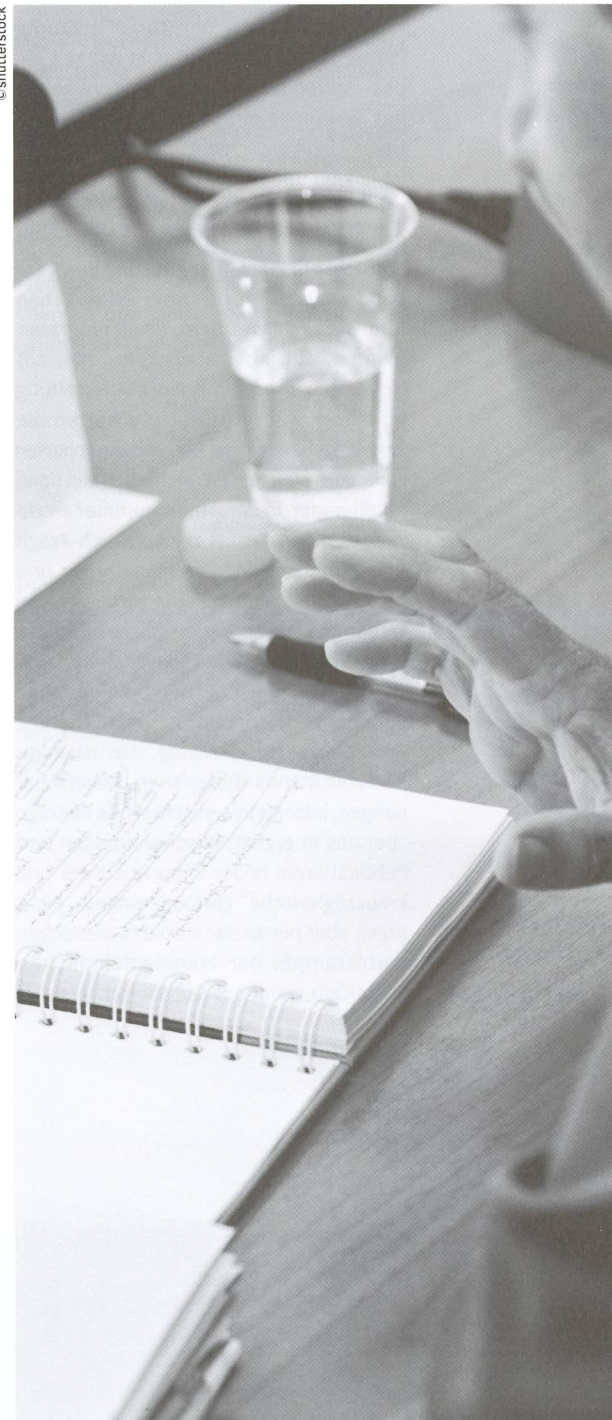
die vorne saßen, ging es um Repräsentation und Repräsentationskritik. Um Antirassismus und darum, die Perspektive der Betroffenen einzunehmen. In den Vorträgen derer, die unten saßen, auch. Nur durften die nicht so lange reden, wie die von vorne. Für die Handvoll MigrantInnen im Publikum, die, wie Raiman später erfuhr, von einer selbstorganisierten Flüchtlingsgruppe kamen, gab es Flüsterübersetzung. Flüsterübersetzungen funktionieren so, dass sich Menschen, die die Sprache der MigrantInnen sprechen, sich neben diese setzen und so viel übersetzen, wie vom Vortragstempo her möglich ist. Das ist häufig nicht sehr viel. Am ersten Nachmittag meldete sich einer aus der selbstorganisierten Flüchtlingsgruppe und fing an auf Englisch zu reden. Er kam nicht weit, weil von allen Seiten Protestrufe kamen. Hilfeschreie nach Übersetzung. Es müssten doch alle verstehen können, was gesagt wird. Der Redner setzte sich wieder. Raiman dachte nach. Den differenzierten und kritischen, antirassistischen, hochintellektuellen und aus einer Migrationsperspektive heraus verfassten Vortrag sollten doch auch die verstehen, um die es ging. Die Flüsterübersetzung würde das nicht schaffen. So ging Raiman gleich nach dem Abendessen in ihr Zimmer und schrieb den Vortrag um. Mit der Hand, weil Laptops waren damals noch sehr rar. Aus dem differenzierten und kritischen, antirassistischen, hochintellektuellen und aus einer Migrationsperspektive heraus geschriebenen Vortrag wurde ein Vortrag, der, so dachte Raiman, in seiner einfachen Formulierung immer noch sehr differenziert und kritisch, antirassistisch, hochintellektuell und aus einer Migrationsperspektive heraus war.

Der große Tag

Raiman war ein bisschen aufgeregt. Immerhin war das ihr erster bezahlter Vortrag. Kurze Sätze, immer Blickkontakt mit den FlüsterübersetzerInnen, viele Pausen. Der Schweiß rann mittlerweile in mittelgroßen Bächen von ihren Schläfen, den Hals hinab ins Hemd. Nach 40 Minuten war der Vortrag vorgetragen. Immer in kurzen Sätzen, mit Pausen und Blickkontakt zu den FlüsterübersetzerInnen und denen, für die übersetzt wurde. Nach dem Vortrag war das Klatschen sehr verhalten. Raiman

konnte gar nicht sehen, wer da geklatscht hatte. Der Schweiß tröpfelte von den Augenbrauen und alles war irgendwie verschwommen. Die OrganisatorInnen schüttelten die Köpfe. „Inhaltlich war Ihr Vortrag ja ganz gut, aber wie Sie das rübergebracht haben. Da kann doch kein Dialog mit dem Publikum entstehen.“ Raiman war glücklich, dass sie die 400 D-Mark vor dem Vortrag bekommen hatte, und entschied, sie auf keinen Fall zurückzugeben. Dann kamen zwei von der selbstorganisierten Flüchtlingsgruppe auf sie zu. Einer schlug ihr lächelnd auf die Schulter. „Well done, lady. The first lecture I understood!“

© shutterstock



... UND RAUS BIST DU

WENN DAS RECHT AUF MIGRATION ZUM AUSZÄHLREIM WIRD

Melanie Romstorfer und Alexandra Siebenhofer

Einwanderung soll der Europäischen Union zu Höchstleistungen verhelfen – und Migrationsmanagement soll das garantieren. Eine Auseinandersetzung mit den Widersprüchlichkeiten dieses Konzepts.

Der Grundgedanke von Migrationsmanagement ist einfach: Einwanderung darf nicht einfach passieren – sie muss gemanagt werden. Zu Beginn der 1990er Jahre entstanden, war diese Idee zunächst durchaus gegen jene Gruppierungen gerichtet, die angesichts zunehmender Migrationsbewegungen zum national ausgrenzenden Schulterabschluss mobilisierten.

Vor allem internationale Organisationen wie International Organisation for Migration (IOM) und International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) übernehmen seither wesentliche Aufgaben im Management von Migration und beraten PolitikerInnen. Ihre Argumente: Migration soll stattfinden, um die globale Entwicklung zu gewährleisten. In diesem Sinn soll sie gemanagt werden und damit xenophober Rhetorik die Grundlage entziehen.

Kompromisse und ihre Grenzen

Eckpfeiler ist dabei ein wesentlicher Kompromiss: Die Notwendigkeit, staatliche Grenzsoveränität zu erhalten, wird auch von Vertretern des Migrationsmanagements als vorrangig anerkannt.

Konkret übernehmen Organisationen wie IOM oder ICMPD daher oft Aufgaben des staatlichen Grenzschutzes. Sie koordinieren Rückführprogramme und Abschiebungen, organisieren Auffanglager für MigrantInnen und helfen bei der Datenerfassung.

Das alles wird mit der fundamentalen Bedeutung der Grenzen für das Funktionieren des demokratischen Systems legitimiert. Ohne staatliche Grenzen gibt es keinen souveränen Staat, der die Menschenrechte seiner BewohnerInnen schützen könnte.

Fabian Georgi, der in seiner Diplomarbeit die Arbeit des ICMPD untersucht hat, sieht noch einen anderen Grund für diesen Schulterabschluss beim Schutz nationaler Grenzen. Zentral an der politischen Logik von Migrationsmanagement, so Georgi, sei die Idee der wirtschaftlichen Entwicklung im kapitalistischen Weltsystem. Ohne die Existenz untereinander konkurrierender Nationalstaaten könne diese Form neoliberaler Entwicklung nicht stattfinden.

Nach Georgi definiert sich das Migrationsmanagement nicht über die Systemkritik, sondern darüber, mit Hilfe der bestehenden Systeme für eine gerechtere Welt zu arbeiten.

Das Waldviertel und die Entwicklungszusammenarbeit

Der Versuch, Migration zu kontrollieren, wird von IOM und ICMPD daher immer wieder damit legitimiert, dass ein Brain Drain aus den Herkunftsländern vermieden werden soll.

August Gächter, Wissenschaftler am Zentrum für Soziale Innovation, kann diesem Argument wenig abgewinnen. „Wenn Migration an Entwicklungsleistung gekoppelt wäre, hätte noch niemand vom Waldviertel nach Wien migrieren dürfen“, fasst er die Unhaltbarkeit dieser Argumentation zusammen.

Hinzu komme noch eine weitere Problematik: „Entwicklung“ sei, so Gächter, ein seit 50 Jahren bereits uneingelöstes Versprechen – und die Unterschiede zwischen arm und reich würden zudem stetig größer. „Es wäre ein Hohn den Leuten zu sagen, in noch einmal 50 Jahren wird alles besser“, sagt Gächter, „das glaubt heute niemand mehr“.

Selbstaufwendige Informationskampagnen, die vor den Gefahren unerlaubter Migration nach Europa warnen, können daher nicht von Migration abhalten – das bestätigt auch Victor Nzuzi, Aktivist in der Demokratischen Republik Kongo. In den meisten Fällen hätten die Leute schlicht keine andere Wahl als zu migrieren – die Lebensbedingungen wären unerträglich und Chancen auf Verbesserung nicht vorhanden.

Migration ist für MigrantInnen vor allem die Suche nach einer gesicherten Existenz, wie sie eigentlich selbstverständlich sein sollte.

Fazit

Hereinkommen sollen nur jene, die von den Aufnahmegesellschaften als nützlich empfunden werden. Und genau deswegen stehen für das Migrationsmanagement die Bedürfnisse des Systems über den Bedürfnissen jener Menschen, die migrieren.

Nicht nur die Lebensentwürfe von MigrantInnen, auch ihre Menschenrechte leiden darunter: Bleiberecht wie in Paragraph 8 oder das Recht auf Bewegungsfreiheit wie in Paragraph 13 der Menschenrechtskonvention vorgesehen, gelten für sie oft nicht. Der Vorwurf an Migrationsmanagement lautet daher auch, es installiere erst recht eine rassistische Praxis.

Wo sind aber mögliche Alternativen? Fabian Georgi schlägt vor, dort anzusetzen, wo bereits täglich Kämpfe von MigrantInnen um ihre Rechte stattfinden. Grund zur Solidarität gäbe es genug. Denn solange Menschenrechte nicht für alle in der gleichen Art und Weise gelten, gelten sie im Grunde für niemanden mit Sicherheit.

Melanie Romstorfer und Alexandra Siebenhofer

sind ehrenamtliche Redakteurinnen bei „Radio Stimme“ – der Sendung der Initiative Minderheiten

Diese Nachlese basiert auf der „Radio Stimme“-Sendung vom 8. Mai 2008. Nähere Informationen über das Radioprojekt sowie das digitale Audioarchiv finden Sie auf der Webseite der Initiative Minderheiten: www.initiative.minderheiten.at

DIE INSTITUTION EHE ALS UMKÄMPFTES TERRAIN

EIN KONFERENZBERICHT

Vida Bakondy

Die Institution der Ehe als umkämpftes gesellschaftliches Terrain stand im Mittelpunkt der Konferenz „Multiculturalism, Autonomy and the Law. Forced Marriage and exclusion from marriage as contested legal fields in the UK, Austria and Turkey“, die am 16. Mai in Wien stattfand¹.

Was haben Ausschluss von der Ehe und zwanghafter Einschluss in die Ehe gemeinsam? Welche Bedeutung kommt dabei dem Argument der Kultur als Rechtfertigungsstrategie für Diskriminierungen zu? Fragen wie diese wurden im Rahmen der Konferenz, die in zwei Panels zum Thema Zwangsehe und gleichgeschlechtliche Ehe in Großbritannien, Österreich und der Türkei organisiert war, gestellt. Gerade im Kontext der öffentlichen Diskussionen um die Zwangsehe stellte sich zudem die Frage, inwiefern Gewalt gegen gefährdete Mitglieder einer Gruppe bekämpft werden kann, ohne gleichzeitig die gesamte Gruppe abzuwerten und erneut kulturelle Stereotype zu re/produzieren? Zumal eine Kulturalisierung der Diskussion von Zwangsehe in Österreich und Großbritannien zu beobachten sei, da diese hauptsächlich im Kontext von Migrationsdebatten geführt werde. Die Anwältin Canan Arin, die die rechtliche Situation in der Türkei beleuchtete, stellt hier ein repressives Moment fest: Das wachsende Interesse europäischer Länder am Phänomen Zwangsehe sieht Arin weniger in Verbindung mit ihrem Interesse an Frauenrechten, dafür mehr an der Kontrolle von Zuwanderung. Dem entsprechend sprach sich die Mehrheit der Diskutantinnen gegen eine Spezialisierung der Gesetzgebung aus, da diese kulturellen Stereotypen Vorschub leisten würde. Im Gegensatz zu Großbritannien, wo, wie Anne Phillips vom Gender-Institut der London School of Economics im ersten Referat darlegte, eine kontinuierliche Berücksichtigung kultureller Faktoren als „Sensitivität gegenüber kulturellen Differenzen“ statt „kultureller Stereotypisierungen“ in der Rechtsprechung zu bemerken ist, fänden diese in österreichischen Gerichten noch zu wenig Beachtung.

Gesetze allein sind jedoch nicht genug, so die Strafrechtsexpertin Katharina Beclin,

zusätzlich sind begleitende Maßnahmen wie etwa Bildungsprogramme und Mediation notwendig, um Zwangsehe zu bekämpfen. Österreich betreffend fordert Beclin letztlich eine grundlegende Reformierung der Fremden-Gesetzgebung: etwa ein individuelles Aufenthaltsrecht für Frauen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Österreich gekommen sind.

Im Nachmittagspanel ging es hauptsächlich um den erzwungenen Ausschluss von der Institution Ehe durch den Staat. Andrew Sharpe (School of Law, Keele University) diskutierte die Fallstricke gesetzlicher Gleichstellungen von gleichgeschlechtlichen Ehen am Beispiel des seit 2004 geltenden *Civil Partnership Act (CPA)* in Großbritannien, der eine neue Institution zu jener der traditionellen Ehe darstelle. Rechte und Pflichten seien denen der Ehe ähnlich, allerdings weise der CPA nach wie vor gravierende Unterschiede auf: etwa in Bezug auf das (fehlende) Recht auf Adoption von Kindern. Sharpe zufolge diene der CPA dazu, die Unterscheidung und Hierarchie zwischen gleichgeschlechtlicher und heterosexueller Partnerschaft zu reproduzieren. Zumal sei der Prozess der Verrechtlichung begleitet von der Tendenz, heterosexuelle wie homosexuellen Paarbeziehungen zu normalisieren und zu essentialisieren.

Andere Beziehungsformen und vielfältige sexuelle Identitäten würden dadurch Gefahr laufen, noch weiter ins gesellschaftliche Abseits zu rücken. Im Vergleich zur Situation in Großbritannien sind Forderungen nach einer rechtlich anerkannten gleichgeschlechtlichen Partnerschaft in Österreich bisher ohne Erfolg geblieben, so der Rechtswissenschaftler Nikolaus Benke. Wesentlichen Einfluss auf den gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung aufgrund der

Ayşe Çağlar, Central European University, Budapest © node-team



sexuellen Orientierung habe letztlich Antidiskriminierungsvorschriften der EU geübt und werden dies auch in Zukunft tun (müssen). Anders als in Großbritannien und Österreich ist die gleichgeschlechtliche Ehe in der Türkei noch immer kein Thema, so die Anwältin und Repräsentantin der lesbisch-schwulen Initiative KAOS-GL Yasemin Öz, im Vordergrund stehen vielmehr Forderungen nach einem rechtlichen Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung. Wiewohl alle drei Länder Unterschiede in der gesetzlichen Regelung aufweisen, ist ihnen gemeinsam, dass gleichgeschlechtlichen Beziehungen in der Gesellschaft der Status einer zweiten Klasse zugewiesen wird.

Ayşe Çağlar, Kulturanthropologin an der Central European University in Budapest nahm die Herausforderung an die Diskussionen der zwei Panels in einem Schlussreferat zusammenzuführen. Sie betonte in ihrer Analyse, dass die Sphäre des Rechts kein neutraler Raum ist, sondern gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Diskurse widerspiegeln. Allerdings spielt der Bereich des Rechts innerhalb eines Staates eine wichtige Rolle in der Bekämpfung von Diskriminierungen. Gleichzeitig sei ein zunehmende Verlagerung im Entscheidungsprozess in Bezug auf politische Themen zu beobachten, vom Bereich politischer Entscheidungsträger in den Bereich des Rechtswesens. Diese Entwicklung birgt nicht nur die Gefahr der Depolitisierung in sich, sondern zudem das Potential, betroffene Minoritäten vom Entscheidungsprozess im Bereich der Rechtssprechung auszuschließen. Denn die Einleitung von gerichtlichen Schritten wird letztlich auch von der Verfügbarkeit notwendiger Ressourcen mitbestimmt.

Die zur Konferenz geplante Publikation, die im Jahr 2009 erscheinen soll, kann auf jeden Fall mit Spannung erwartet werden.

Fußnote:

¹ Organisiert wurde die Konferenz im Rahmen des vom BMBWK finanzierten node-Forschungsprojekt „Multiculturalism im Widerstreit: Geschlechteregalität, kulturelle Diversität und Sexuelle Autonomie in der EU“. Vgl. hierzu die Beiträge in der Stimme Nr. 63/2007 und Nr. 66/2008 sowie die Homepage zum Projekt <http://www.univie.ac.at/NODE-CMC/>.

Vida Bakondy

ist Historikerin. Derzeit arbeitet sie für das transnationale Ausstellungsprojekt „Neue Perspektiven. Migration im zentral- und südosteuropäischen Raum“ der Initiative Minderheiten in Wien.

DIE KUNST DES ZUHÖRENS

Zekiye Atasoy

Grenzgängerinnen. Frauen zwischen Migration, Konvention und Revolte. Ein Dokumentarfilm von Ülkü Akbaba. Dauer: 70 Minuten Eine Produktion von IODO (www.iodo.at), Verleih: Filmladen

Ülkü Akbaba gelingt es in ihrem neuen Film, sieben ungewöhnliche Frauenbiografien mit unspektakulären Mitteln sehr eindrucksvoll darzustellen. In dieser 70-minütigen Dokumentation lässt die Theater- und Filmemacherin Akbaba, ebenfalls eine Grenzgängerin wie ihre Protagonistinnen, Frauen unterschiedlichster Herkunft und Sozialisation selber zu Wort kommen, um über Kindheit, Familie, Liebe, Religion, Politik und Zukunft zu sprechen.

Das sind die kopftuchtragende Taxifahrerin Feride aus der Türkei, die Unternehmerin Yaya aus Senegal, die Schriftstellerin Nahid aus dem Iran, die Journalistin und Philosophiestudentin Ewa aus Polen, die Jazzsängerin Matilda, die in Wien geborene Tochter einer Romni und eines Serben, die Künstlerin und Architektin Kristin, eine Wienerin jüdischer Herkunft sowie Nela, eine Vorarlbergerin kurz vor ihrer Auswanderung nach Costa Rica.

Diesen Frauen ist es nicht immer gut gegangen. Doch verfügten sie über die Stärke, ihr durch freiwillige oder erzwungene Migration fast aus den Fugen geratenes Leben selber in die Hand zu nehmen, um sich heute als starke und faszinierende Wienerinnen zu behaupten. Sie sprechen sehr offene, sehr weise Worte. In ihren biografischen Geschichten sickert die Geschichte der Migration an sich durch.

Nachdem Ferides Mann nach einem Arbeitsunfall am Bau berufsunfähig geworden war, begann sie als Taxilenkerin für die Familie zu sorgen. Eine Frau mit den notwendigsten Deutschkenntnissen und Kopftuch, nicht gerade in den jüngsten Jahren: Sie erzählt über die anfänglichen Schwierigkeiten und den Argwohn ihres Umfeldes. Doch trotz aller Hürden lenkt sie sich erfolgreich durch die Straßen Wiens. Wenn sie nach Hause kommt, hat ihr Mann schon geputzt und gekocht.

Ewa, das lesbische „Gastarbeiterkind“ aus Polen, litt anfangs an der neuen Sprache, die ihrem schulischen Erfolg im Wege stand. Aber nur kurz. Heute als reüssieren-

de Wissenschaftlerin und Journalistin ist die deutsche Sprache ihr Werkzeug. Und damit geht sie exzellent um.

Yaya ist zweifache Mutter und Hair-Shop-Besitzerin. Sie musste immer wieder um ihre Aufenthaltsgenehmigung kämpfen. Emotional und energisch zugleich spricht sie den Rassismus an, der vor allem schwarze Menschen in Österreich betrifft.

Das frühere „Straßenkind“ Matilda musste im brüchigen Eheleben der Eltern zwischen Wien und Novi Sad erwachsen werden. Das anfangs unerträglich kalte Wien bescherte ihr am Konservatorium für Musik einen Abschluss vom Feinsten und vor allem die Liebe zur Jazzmusik.

Kristin re-immigrierte als Kind mit ihren Eltern nach Wien und lebt heute im ehemals arisierten Haus ihrer Großeltern. Ihre Identität als Künstlerin und „Fremde“ gibt ihr die Freiheit, sich durch Konventionen nicht einengen zu lassen.

Nach der islamischen Revolution musste die Lyrikerin Nahid den Iran verlassen – kurz vor dem Iran-Irak-Krieg. Faszinierend und berührend zugleich ist, wie sie zu ihrer Trauer steht und doch der schwierigen Vergangenheit Paroli bietet.

Während alle sechs Frauen mehr oder weniger in Wien angekommen sind, wandert die Vorarlbergerin Nela samt Familie nach Costa Rica aus, um in einem Frauenprojekt zu arbeiten.

Die Bilder der Stadt als Kulisse zu den Erzählungen sind so weit verfremdet, dass sie nicht ad hoc als Wien identifiziert werden können. Irgendwie passend zu den Biografien der Protagonistinnen. Gemeinsam war ihnen die Emigration aus dem Heimatland. Ausgesucht haben sie Wien nur bedingt.

Wenn es nun heißt, der Film würde nicht den Lebensgeschichten „typischer“ Migrantinnen nachgehen, stellt sich die Frage, ob es die „typische Migrantin“ gibt, außer in den unreflektierten Zuschreibungen. Würde man sich auf diese Frauen einlassen und ihnen zuhören, gäbe es zweifellos viele weitere beeindruckende Geschichten zu hören. Migrieren an sich zeugt nämlich von einer Stärke. Und Migration stärkt – in hoffentlich den meisten Fällen.

Zekiye Atasoy
ist freie Radio- und
Printjournalistin in Wien



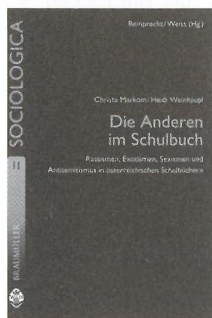
Matilda, die Jazzsängerin © IODO



Regisseurin Ülkü Akbaba © bb

WAS IM BUCH STEHT

Christa Markom, Heidi Weinhäupl: *Die Anderen im Schulbuch. Rassismen, Exotismen, Sexismen und Antisemitismus in österreichischen Schulbüchern. Sociologica Band II, herausgegeben von Hilde Weiss und Christoph Reinprecht, Braumüller Verlag: Wien 2007*
274 Seiten; € 24



Christa Markom und Heidi Weinhäupl haben aktuelle österreichische Schulbücher einer Kritik aus kultur- und sozialhistorischer Sicht unterzogen. Sie haben sich die jeweils drei auflagenstärksten Geographie-, Geschich-

te- und Biologiebücher des Jahres 2005 für die 5.-8. Schulstufe – also für 10- bis 14-jährige SchülerInnen – vorgenommen, um sie auf Rassismen, Exotismen, Sexismen und Antisemitismus hin abzuklopfen. Die gute Nachricht vorweg: Neuere Schulbücher vermeiden teilweise Klischees und Stereotype, die noch vor wenigen Jahren üblich waren. Die weniger gute: Diskriminierung wird wenig oder nicht benannt, kritisches Hinterfragen oder ernsthaftes Analysieren wird von den meisten Büchern nicht geleistet oder angeregt. Ausführlich widmen sich Markom und Weinhäupl der Darstellung des „Orient“, des „Islam“, der „Dritten Welt“ in den Geographie- und Geschichtsbüchern, der Darstellung der „Rolle der Frau“ und konstatieren dabei neben einigen positiven Ausnahmen noch immer viel Mangel an Objektivität zugunsten eines eurozentristischen Weltbildes, an dessen Oberfläche kaum gekratzt wird. Gründlich gehen sie dem Umgang mit Antisemitismus nach: Vom christlichen Antijudaismus über den biologisch-rassistischen Antisemi-

tismus im Geschichtsunterricht bis zum linken und islamistischen Antizionismus bei der Darstellung des Nahostkonflikts in Geographie. Homosexualität wird nicht mehr verschwiegen, wohl aber ihre historische Unterdrückung und aktuelle Diskriminierungen. „Ganz im Abseits“ lautet bezeichnenderweise die Überschrift zum Kapitel über die (Nicht-)Erwähnung von Lesben, Transgender und Intersexualität in Biologiebüchern. Keines von sämtlichen untersuchten Büchern verwendet konsequent geschlechtergerechte Sprache. Die Hinterfragung von Geschlechterrollen bleibt im Ansatz stecken. Im abschließenden Methodenkapitel legen die Autorinnen ihre Arbeitsweise dar und liefern LehrerInnen eine Handreichung zum Selbstanalysieren der verwendeten Schulbücher. Darüber hinaus finden sich in allen Kapiteln praktische und tatsächlich sehr praktikable Anregungen für den Unterricht, um unkritische oder fragwürdige Schulbuchinhalte durch Informationen anzureichern, in Forschungsaufgaben oder Diskussionen überzuführen und somit den SchülerInnen mehr zu bieten als das, „was im Buch steht“.

Helga Pankratz

REAGIEREN ODER VERÄNDERN?

Lutz van Dijk & Barry van Driel (Hg.): *Sexuelle Vielfalt lernen. Schulen ohne Homophobie*
Querverlag : Berlin 2008
223 Seiten; € 14,90



Versammelt sind in diesem Buch pädagogische Konzepte aus verschiedenen regionalen (Kanada, Schweiz, Texas, Polen, Österreich, Spanien, Deutschland, Großbritannien, Südafrika) und institutionellen (Kindergärten bis Universitäten) Kontexten. Eine Qualität des Bandes ist somit eine Bestandsaufnahme einer großen Menge an Methoden und Ansätzen aus verschiedensten Bildungssystemen, die jeweils in ihren rechtlichen, sozialen und

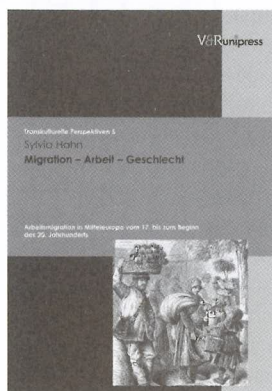
politischen Zusammenhängen verortet werden. Praktisch anwendbar in der Bildungsarbeit ist sicher auch die (teils) kommentierte Sammlung pädagogischer Materialien, Fachliteratur, Jugendliteratur, Filme, Links und Adressen aktiver lesbischer (LehrerInnen-) Gruppen. Weiter positiv hervorzuheben ist das Zusammendenken mit anderen Machtverhältnissen, vor allem mit Rassismen und Sexismen. Dieses beginnt schon in der einleitenden Positionierung der beiden Herausgeber. In den persönlich gehaltenen Überlegungen, mit autobiografischen Einsprengseln, positionieren sich die beiden als hetero bzw. schwul, nicht ohne jedoch diese Identitätskategorien in ihrem Zusammenwirken mit anderen (weiß, männlich, ...) zu thematisieren und machen dies zum Ausgangspunkt für eine Darlegung ihrer Zugänge zum Thema des Buches. Neben diesen Verknüpfungen ist religiös motivierte Homophobie bzw. religiöse Lesben und Schwule ein mehrfach auftauchendes Thema, wobei insbesondere Christentum und Islam genauer beleuchtet werden.

Simplifizierend wird es stellenweise, wenn etwa der Anspruch besteht, auf wenigen Seiten pädagogische Konzepte und deren Hintergründe in fünf Kontinenten zu beschreiben. Peter Dankmeijer zeichnet in seinem Artikel eine Landkarte von unsicheren und sicheren Räumen, die einer postkolonialen Geografie entspricht, die die Welt in mehr und weniger „entwickelte“ Staaten unterteilt. In einigen Artikeln wird mit dem Begriff der „Sicherheit“ operiert – und hier unterscheiden sich dann auch die verschiedenen Ansätze und Maßnahmen grundsätzlich. Sind viele Herangehensweisen reaktiv, also in der Problembekämpfung gegen Homophobie bzw. homophobe Aktionen lokalisierbar, führen andere eine grundsätzlichere Kritik an der Struktur der Heteronormativität im Bildungssystem an, so Renée de Palma und Mark Jenett in ihrem Text über englische Grundschulen: „Die institutionelle Kultur der Schule muss als Ganzes verändert werden“ (S. 35). Nach vielen anregenden Überlegungen bleibt letztendlich die Frage, warum keiner der vorgestellten Ansätze mit dem Begriff queer bzw. den daraus entwickelten Konzepten operiert.

Renée Winter

MIGRATIONSGESCHICHTE UND GESCHLECHT

Sylvia Hahn: *Migration – Arbeit – Geschlecht. Arbeitsmigration in Mitteleuropa vom 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts.*
V&R unipress: Göttingen 2008
282 S.; € 34,90



Die Historikerin Sylvia Hahn hat in ihrem neuen Buch die Auseinandersetzung mit der Geschichte weiblicher Arbeitsmigration vom 17. bis ins frühe 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt auf die Habsburgermonarchie gewagt. Sie erzählt dabei Aspekte der Industrialisierung und des gesellschaftlichen Wandels, die bisher sowohl in der Migrations- als auch in der Geschichtsforschung weitgehend unterbelichtet blieben, wobei sie weit über das engere Thema hinaus auch die Entstehungsbedingungen jener Wissenschaftsbereiche thematisiert, auf die sie schließlich zurückgreift. Ihre Darstellung der Entwicklung der Statistik und der Conscriptionen der Habsburger als wichtigen Bereich der Staatsverdichtung und der Bürokratisierung der Herrschaft

sind dabei ebenso interessant, wie sie eine wichtige Voraussetzung für die folgenden Analyseversuche weiblicher Migration darstellen. Das Ausblenden weiblicher Migrationsgeschichte hat nämlich auch mit dem Mangel an entsprechenden Daten zu tun. Da die Conscriptionen primär mit der Einführung der Wehrpflicht für männliche Untertanen zusammenhingen, waren sie auch wesentlich früher und besser erfasst worden als die weiblichen Untertanen der Habsburger.

Dazu kamen jedoch auch ideologisch bedingte Ausblendungen. Nicht nur Frauen, auch die – oft durch Vertreibung erzwungene – Migration von Jüdinnen und Juden fand lange nicht die notwendige Beachtung. Schließlich stand die österreichische Geschichtsforschung, „ähnlich wie in Deutschland, einige Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg noch immer (teilweise verdeckt, teilweise offen) unter den (ideologischen) Nachwirkungen der nationalsozialistischen Ära. Dazu zählten neben der Festschreibung der angeblichen ‚Sesshaftigkeit‘ der (respektablen) Bevölkerung auch das ‚Nichtanrühren‘ von Themen, die ‚ein‘ Thema des Nationalsozialismus waren, wie beispielsweise die (Geschichte der) Juden.“ (S. 77) Das Aufbrechen dieser im postnationalsozialistischen Diskurs erstarrten Geschichtsschreibung seit den 1970er, v.a. aber seit den 1980er Jahren ist damit bereits Thema für Hahn, deren Buch sich streckenweise auch als kleine Geschichte der (spärlichen) österreichischen Migrationsforschung lesen lässt.

Historische Beschreibungen, wie die Problematik der „Heimatberechtigungen“, die

stark an das heutige Staatsbürgerschaftsrecht erinnern, zeigen jedoch auch Kontinuitäten auf. Wer etwa bei folgendem Satz das „Heimatrecht“ des 19. Jahrhunderts durch die gegenwärtige österreichische Staatsbürgerschaft austauscht, wird eine durchaus adäquate Gegenwartsbeschreibung erhalten: „Die Politik der Nichtverleihung des Heimatrechtes an Zuwanderer führte dazu, dass in vielen Fällen nicht nur die erste Generation der Migranten, sondern auch die nachfolgenden rechtlich betrachtet ein Leben als ‚Fremde‘ im eigenen Land, mit allen administrativen, sozialen und politischen Konsequenzen und Nachteilen, führen mussten.“ (S. 146)

Neben diesen großen Entwicklungslinien zeigt Hahn aber auch viele kleine und oft wohl auch fast vergessene Aspekte (weiblicher) Migration auf. Ein aus heutiger Sicht kaum vorstellbares Beispiel stellten die sogenannten „Alexandrinke“ dar, Migrantinnen aus der Habsburgermonarchie, die als DienstbotInnen nach Ägypten gingen. Unter den 1900 in Alexandria und Kairo arbeitenden altösterreichischen 4.505 ArbeitsmigrantInnen waren zwei Drittel Frauen: „in Alexandria machte der Anteil der weiblichen Migranten aus Österreich 72 % und in Kairo 61 % aus.“ (S. 217) Der Migration ägyptischer StudentInnen, Zeitungsverkäufer, ... ging also zwei Generationen zuvor eine österreichische Migration an das Land am Nil voran und noch dazu eine, die mehrheitlich Frauen betraf.

Insgesamt legt Sylvia Hahn mit dieser Arbeit einen äußerst gelungenen Überblick über die Migrationsgeschichte des Habsburgerreiches vor, die sie mit Prozessen der Staatsverdichtung in Zusammenhang setzt. Das Buch dürfte deshalb weit über die Migrationsforschung im engeren Sinne hinaus auf Interesse stoßen.

Thomas Schmidinger

Die STIMME braucht Abonnentinnen und Abonnenten!

Die Zeiten werden kälter für Zeitschriften wie die STIMME von und für Minderheiten. Subventionen werden Jahr für Jahr gekürzt, dafür steigen die Ausgaben. Die STIMME braucht Ihre finanzielle Unterstützung. Ein Jahresabo kostet **20 Euro**.

Entweder ein eMail an: abo@initiative.minderheiten.at

oder die Überweisung auf unser Konto:
Initiative Minderheiten, BAWAG (BLZ: 14000); Kontonummer: 01210600910

Ihr Abo wäre ein wichtiger Beitrag. Danke!

Wir stellen folgende Informationsangebote und Serviceleistungen zur Verfügung:

www.bundestkanzleramt.at

Der zentrale Internet-Auftritt des Bundeskanzleramtes

Servicetelefon 0800-222 666

Anfragen gebührenfrei
Montag bis Freitag: 9 – 18 Uhr

Europatelefon 0800-22 11 11

Für Anfragen zur Europäischen Union
gebührenfrei, Montag bis Freitag: 9 – 18 Uhr

Bürgerservice

Schriftliche Anfragen an:
Bundeskanzleramt, Bürgerservice
1014 Wien, Ballhausplatz 1
Fax: +43/1/53115-4274
E-Mail: buergerservice@bka.gv.at

Publikationen

Veröffentlichungen zu den Themen Österreich allgemein,
Geschichte, Kultur, Medien etc.
kostenfrei zu bestellen unter:
E-Mail: broschuerenversand@bka.gv.at
Internet: www.bundestkanzleramt.at/publikationen

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt A-6020 Innsbruck
P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr.: 67
Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt
Zul.-Nr.: GZ 02Zo31717 S

Rücksendeadresse:
Initiative Minderheiten
Gumpendorfer Straße 15/13
A-1060 Wien

